

SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BfB-Fraktion
Fraktion Die LINKE
Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN

An die
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
Frau Regine Weißenfeld
– im Hause –

Bielefeld, den 28.03.2018

Beteiligung von Jugendlichen

Sehr geehrte Frau Weißenfeld,

zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.04.2018 stellen wir folgenden Antrag:

Kinder und Jugendliche wollen ihre Umgebung und Lebensrealität mitgestalten und bei gesellschaftlichen und politischen Prozessen mitentscheiden. Sie haben ein Interesse daran, das Hier und Jetzt wirksam zu beeinflussen und bei den Weichenstellungen für ihre Zukunft gefragt zu werden. Aus diesem Grund ist die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung für uns von zentraler Bedeutung. Kinder und Jugendliche sollen ein umfassendes Mitspracherecht bei lokalpolitischen Themen bekommen. Wir wollen daher gemeinsam dafür sorgen, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Bielefeld gestärkt und ausgebaut wird. Aus diesem Grund beschließt der Jugendhilfeausschuss:

1. Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss:

- Jugendliche erhalten einen Sitz als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Damit verbunden ist ein Antragsrecht zu Tagesordnungspunkten und die Möglichkeit von Anfragen. Das Mitglied sowie ein stellvertretendes Mitglied sollen aus dem Vorstand der BezirksschülerInnenVertretung benannt werden und im Alter von 14-18 Jahren sein.
- Bei Teilnahme an den Sitzungen erhält das Mitglied das obligatorische Sitzungsgeld sowie die entstandenen Fahrtkosten.
- Für die Vor- und Nachbereitung der JHA-Sitzung können die Jugendvertreter*innen Besprechungsräume beim Bielefelder Jugendring nutzen können.
- Das Jugendamt stellt eine/n Ansprechpartner/in für die Jugendvertreter*innen im Jugendhilfeausschuss zur Verfügung. Er/Sie sollen bei organisatorischen und inhaltlichen Fragestellungen zur Verfügung stehen sowie Lotsenfunktion zu anderen Ämtern und Abteilungen übernehmen.

2. Politische Bildung

- Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine Einführungsveranstaltung

„Politische Gremienarbeit der Stadt Bielefeld“ zu erarbeiten. Für die Durchführung dieser Veranstaltung stehen Mitglieder der Ratsfraktionen zur Verfügung. Adressaten dieser Veranstaltung sind Schülerinnen und Schüler der Schulfächer der Sekundarstufen I und II sowie der Bielefelder Jugendring mit seinen Organisationen.

- Um dieses Angebot den Schulen bekannt zu machen, ist eine enge Verzahnung von Schule und Jugendhilfe notwendig. Im Rahmen seiner Möglichkeiten soll der Schuldezernent die Schulen und die entsprechenden Lehrkräfte dazu informieren.

3. Politische Teilhabe:

- Der Bielefelder Jugendring wird gebeten, mit den Jugendlichen zusammen ein Konzept eines Planspieles samt Kostenplan zu erstellen und im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Bereits bestehende Formate, wie das Planspiel des Vereins Jugend und Politik, sollen dabei berücksichtigt werden.
- Der Jugendhilfeausschuss setzt sich dafür ein, dass der Bielefelder Jugendring auch weiterhin einen jährlichen Jugendtag durchführt, wie z.B. „Work & Pleasure“ und/oder andere (neue) Formate. Soweit gewünscht, stellen sich die politischen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses als Diskussionspartner für solche Veranstaltungen zur Verfügung.
- Weiterhin soll geprüft werden, inwieweit ein Jugendparlament eingerichtet werden kann. Dazu sollen die Erfahrungen des geplanten Landesjugendparlamentes abgewartet werden.
- Im Rahmen der INSEK-Projekte und möglicher neuer Programme des Landes NRW soll die Verwaltung prüfen, inwieweit Budgets für Jugendbeteiligung zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung:

Mit diesem Antrag wollen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen in Bielefeld sowohl an Entscheidungen, die ihr Umfeld betreffen, beteiligt werden als auch ihre Positionen und Meinungen zu wichtigen lokalpolitischen Themen in die Diskussion einbringen können. Dem Antrag zu Grunde liegt das Konzept zur Beteiligung der BezirksSchülerInnenVertretung, das in der JHA-Sitzung am 05.04.2017 vorgestellt wurde. Die Beteiligung wollen wir in drei Schritten ausweiten und stärken:

Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss:

Wir wollen Jugendliche als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss in die politischen Entscheidungen einbinden. Hier sollen sie ihre Positionen und Meinungen vertreten und sich so an der Entscheidungsfindung beteiligen. Da die BezirksSchülerInnenVertretung alle Bielefelder Jugendliche im schulpflichtigen Alter vertritt, soll das beratende Mitglied aus ihrem Vorstand benannt werden. Um die Jugendlichen in ihrer Arbeit im Jugendhilfeausschuss zu unterstützen, soll zudem ein/e feste/r Ansprechpartner/in benannt werden, der die Jugendlichen bei allen Anliegen unterstützt.

Politische Bildung:

Auch wir als politische Mandatsträger wollen verstärkt auf die Kinder und Jugendlichen zugehen und über unsere Arbeit informieren. Die Verwaltung soll daher ein Konzept für eine Einführungsveranstaltung „Politische Gremienarbeit der Stadt

Bielefeld“ erarbeiten. Die Durchführung sollen in erster Linie die gewählten Mandatsträger übernehmen. Um möglichst viele Jugendliche mit unserem Angebot zu erreichen, ist eine enge Zusammenarbeit von Sozialdezernat und Schuldezernat notwendig. Nur so ist gewährleistet, dass die Schulen und die entsprechenden Lehrkräfte über dieses Angebot informiert werden und es letztlich auch in Anspruch nehmen.

Politische Teilhabe:

Die Jugendlichen sollen nicht nur an unseren Entscheidungen beteiligt werden, sondern mit Hilfe eines Planspieles auch selbst Erfahrungen in politischen Entscheidungsprozessen machen. Uns ist dabei wichtig, dass im Rahmen eines Planspieles gefasste Beschlüsse der Jugendlichen auch tatsächlich in die politischen Gremien des Bielefelder Stadtrates kommen. Neben dem Planspiel wollen wir auch weiterhin einen jährlichen Jugendtag (wie z.B. Work & Pleasure und/oder andere Formate) durch den Bielefelder Jugendring unterstützen. Uns ist es ein Anliegen, den Jugendlichen mit verschiedenen Formaten verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung aufzuzeigen. Perspektivisch können wir uns auch die Einrichtung eines Jugendparlamentes vorstellen. Dabei sollen aber zunächst die Erfahrungen des geplanten Jugendparlamentes auf Landesebene abgewartet werden. Neben diesen unterschiedlichen Beteiligungsangeboten wollen wir zudem die Beteiligungsmöglichkeiten in den Quartieren verstärken. Daher bitten wir die Verwaltung darum, im Rahmen der INSEK-Projekte und weiterer möglicher Programme des Landes NRW zu prüfen, inwieweit Budgets für Jugendliche zur Verfügung stehen.

gez.

Regine Weißenfeld
SPD-Fraktion

Alexander Rüsing
CDU-Fraktion

Gudrun Henneke
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Friedhelm Bolte
BfB-Fraktion

Dr. Dirk Schmitz
Fraktion Die LINKE

Michael Gugat
Ratsgruppe/Bürgernähe/PIRATEN

JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Auszug
aus der Niederschrift
der Sitzung vom 11.04.2018

Zu Punkt 4.1
(öffentlich)

Beteiligung von Jugendlichen
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, BfB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN vom 28.03.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 6449/2014-2020

Frau Hennke stellt den gemeinsamen Antrag vor.

Herr Rüsing hebt die Wichtigkeit von Jugendbeteiligung hervor. Die CDU begrüße ausdrücklich, dass dieses Thema auf der Tagesordnung stehe. Kritisch sieht er die zu diesem Zeitpunkt erfolgte Beteiligung des Bielefelder Jugendring e.V. (BJR) und den daraus resultierenden Ergänzungsantrag. Zunächst sollte es der Politik vorbehalten bleiben zu entscheiden, wie eine Jugendbeteiligung aussehen könnte, um dann in einem zweiten Schritt über die Art der Beteiligung der Träger zu befinden.

Er spricht sich dafür aus, den Ergänzungsantrag zurückzustellen und nach einem Jahr eine Bewertung der Situation vorzunehmen, ob und inwieweit Ergänzungen finanzieller oder organisatorischer Art erforderlich sind.

Aus diesen Gründen werde die CDU-Fraktion den Ergänzungsantrag nicht mittragen.

Herr Bolte führt aus, dass der gemeinsame Antrag als ein erster Aufschlag zu verstehen sei. Zunächst bleibe abzuwarten, wie sich die Umsetzung der im Antrag vorgeschlagenen Beteiligungsformen entwickelt. Die Verwaltung sollte sich hierbei so weit wie möglich zurückziehen und die Jugendlichen bei Bedarf unterstützen.

Herr Dr. Schmitz hält es für den richtigen Weg, den Jugendlichen das Recht und die Möglichkeit zu gewähren, eigene Anträge zu stellen. Allerdings sieht er für einen einzelnen Jugendlichen die Schwierigkeit, sich im Jugendhilfeausschuss mit seinen Anliegen durchzusetzen. Daher schlägt er vor, als Unterstützung auch eine Vertretung zu benennen.

Frau Stillger vermisst Angaben über die Ressourcen für die erforderliche Unterstützung. Sie regt an, entsprechende Personal- und Sachressourcen zu hinterlegen.

Herr Pieplau äußert die Bitte, offen an die Angelegenheit heranzugehen und nicht zu viel Skepsis an den Tag zu legen.

Im Anschluss stellt Herr Müller den Ergänzungsantrag des BJR vor. Dieser Ergänzungsantrag sei deshalb gestellt worden, weil in dem gemeinsamen Antrag einige Punkte vermisst werden, die dem BJR als Jugend-

organisation wichtig seien.

Zu den Ausführungen von Herrn Rüsing merkt Herr Müller an, dass der BJR nicht vor dem Hintergrund einbezogen wurde, dort die Aufgaben anzusiedeln, sondern um das beim BJR als Dachverband vorhandene Fachwissen einzubringen.

Frau Henneke führt aus, dass sie dem Ergänzungsantrag grundsätzlich zustimmen könne. Sie sehe diesen Antrag als Ergänzung zu dem gemeinsamen Antrag und unterstützt den Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept zur Umsetzung zu erstellen. Kritisch sieht sie die Einrichtung zusätzlicher Stellen. Sie schlägt vor, zunächst abzuwarten, in welchem Umfang die konkrete Unterstützung geleistet werden soll. Möglicherweise könne dies durch Stellen-/Aufgabenumschichtungen erreicht werden.

Den Termin, bis zur Mai-Sitzung ein Konzept zu erarbeiten, hält sie für zu knapp bemessen. Sie schlägt vor, den Termin im Ergänzungsantrag für die JHA-Sitzung am 04.07.2018 zu ändern. Somit bliebe noch ausreichend Zeit, um die Haushaltsberatungen zu erreichen.

Frau Stillger hält es für erforderlich, sich auf einheitliche Definitionen zu verständigen, welche Form der Jugendbeteiligung gewollt sei. Als Personalressource hält sie mindestens 1 Stelle für erforderlich.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Rüsing zu dem Ergänzungsantrag vertritt Vorsitzende Frau Weißenfeld die Auffassung, dass sie in der Beteiligung des BJR als Dachverband an diesem Verfahren ein faires Verhalten sehe. Schließlich seien mit den Inhalten des Antrages Aufträge an den BJR verbunden.

Zu dem von dem BJR eingebrachten Ergänzungsantrag verweist Vorsitzende Frau Weißenfeld auf das Recht, Anträge zu Tagesordnungspunkten stellen zu dürfen. Hierbei handele es sich um ein rechtmäßiges Verfahren.

Herr Bolte unterstützt grundsätzlich den Ergänzungsantrag als eine Konkretisierung.

Er schlägt vor, aus Punkt 2 des Ergänzungsantrages die „Gewährleistung der Umsetzung“ zu streichen, denn eine Umsetzung könne nicht gewährleistet werden.

Die Notwendigkeit des Einsatzes weiteren Personals sehe er zurzeit nicht. Dies könne bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden.

Herr Pieplau weist darauf hin, dass mit dem Ergänzungsantrag lediglich der Auftrag an die Verwaltung verbunden sei, ein Konzept zu erarbeiten. Es würde damit nicht die Bereitstellung zusätzlichen Personals beschlossen.

Für die SPD-Fraktion signalisiert er Zustimmung zu dem Ergänzungsantrag.

Frau Hopster sieht in dem gemeinsamen Antrag einen guten Rahmen, dessen Umsetzung mit dem Ergänzungsantrag konkretisiert werde.

Hinsichtlich des von Herrn Rüsing geäußerten politischen Anspruchs macht Frau Hopster deutlich, dass sie die zu diesem Zeitpunkt erfolgte Beteiligung des BJR ausdrücklich begrüße. Für die spätere Koordinierung der Umsetzung auf der operativen Ebene hält sie den BJR als Dachverband für die richtige Anlaufstelle.

Sie unterstütze sowohl den politischen Antrag wie auch den Ergänzungsantrag mit dem Auftrag an die Verwaltung, in einem ersten Schritt ein grobes Konzept einschließlich einer Kostenkalkulation zu erarbeiten.

Frau Häckel erinnert an den Auftrag des Jugendhilfeausschusses an den BJR im Februar letzten Jahres, gemeinsam mit Jugendlichen Ideen zu entwickeln, wie Jugendbeteiligung gestaltet werden könne. Die in dem daraufhin durchgeführten Jugendprojekt Work & Pleasure entwickelten Ideen seien jedoch in dem politischen Antrag nicht enthalten.

Aus diesem Ansinnen heraus, ernst zu nehmen, was die Jugendlichen erarbeitet haben und wie sie sich Jugendbeteiligung vorstellen, seien diese Ideen in den Ergänzungsantrag aufgenommen worden mit dem Auftrag an die Verwaltung, hierzu ein grobes Konzept zu entwickeln.

Herr Dr. Schmitz hält die Ausführungen von Frau Häckel aus Sicht des Dachverbandes für wichtig und wertvoll.

Eine Unterstützung der Jugendlichen hält er für erforderlich. Er kündigt an, dem Ergänzungsantrag in Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung zuzustimmen.

Auch Frau Obasohan hält eine Unterstützung der Jugendlichen für unabdingbar. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, wie eine solche Unterstützung gewährleistet werden kann.

Frau Gorsler sieht beide Anträge im Sinne des gemeinsamen Vorhabens, Jugendbeteiligung stärker zu unterstützen. Wichtig sei nun, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen, um dieses Projekt zum Gelingen zu bringen.

Beigeordneter Herr Nürnberger äußert die Bitte, der Verwaltung Zeit für die Vorbereitungen zu geben bis zur Sitzung am 04.07.2018. Die Verwaltung werde hierzu Vorlagen in den JHA einbringen.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion schlägt Vorsitzende Frau Weißenfeld vor, Punkt 4 des Ergänzungsantrages dahingehend zu ändern, als die Verwaltung gebeten wird, den Bedarf zu ermitteln.

Zunächst lässt Vorsitzende Frau Weißenfeld über den **gemeinsamen Antrag** abstimmen:

Beschluss:

1. Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss:

- Jugendliche erhalten einen Sitz als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Damit verbunden ist ein Antragsrecht zu Tagesordnungspunkten und die Möglichkeit von Anfragen. Das Mitglied sowie ein stellvertretendes Mitglied sollen aus dem Vorstand der BezirksschülerInnenVertretung benannt werden und im Alter von 14-18 Jahren sein.
- Bei Teilnahme an den Sitzungen erhält das Mitglied das obligatorische Sitzungsgeld sowie die entstandenen Fahrtkosten.
- Für die Vor- und Nachbereitung der JHA-Sitzung können die Jugendvertreter*innen Besprechungsräume beim Bielefelder Jugendring nutzen können.
- Das Jugendamt stellt eine/n Ansprechpartner/in für die Jugendvertre-

ter*innen im Jugendhilfeausschuss zur Verfügung. Er/Sie sollen bei organisatorischen und inhaltlichen Fragestellungen zur Verfügung stehen sowie Lotsenfunktion zu anderen Ämtern und Abteilungen übernehmen.

2. Politische Bildung

- Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine Einführungsveranstaltung „Politische Gremienarbeit der Stadt Bielefeld“ zu erarbeiten. Für die Durchführung dieser Veranstaltung stehen Mitglieder der Ratsfraktionen zur Verfügung. Adressaten dieser Veranstaltung sind Schülerinnen und Schüler der Schulfächer der Sekundarstufen I und II sowie der Bielefelder Jugendring mit seinen Organisationen.
- Um dieses Angebot den Schulen bekannt zu machen, ist eine enge Verzahnung von Schule und Jugendhilfe notwendig. Im Rahmen seiner Möglichkeiten soll der Schuldezernent die Schulen und die entsprechenden Lehrkräfte dazu informieren.

3. Politische Teilhabe:

- Der Bielefelder Jugendring wird gebeten, mit den Jugendlichen zusammen ein Konzept eines Planspieles samt Kostenplan zu erstellen und im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Bereits bestehende Formate, wie das Planspiel des Vereins Jugend und Politik, sollen dabei berücksichtigt werden.
- Der Jugendhilfeausschuss setzt sich dafür ein, dass der Bielefelder Jugendring auch weiterhin einen jährlichen Jugendtag durchführt, wie z.B. „Work & Pleasure“ und/oder andere (neue) Formate. Soweit gewünscht, stellen sich die politischen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses als Diskussionspartner für solche Veranstaltungen zur Verfügung.
- Weiterhin soll geprüft werden, inwieweit ein Jugendparlament eingerichtet werden kann. Dazu sollen die Erfahrungen des geplanten Landesjugendparlamentes abgewartet werden.
- Im Rahmen der INSEK-Projekte und möglicher neuer Programme des Landes NRW soll die Verwaltung prüfen, inwieweit Budgets für Jugendbeteiligung zur Verfügung gestellt werden können.

-einstimmig beschlossen-

Anschließend stellt Vorsitzende Frau Weißenfeld den **Ergänzungsantrag des BJR** unter Berücksichtigung der vorgebrachten Änderungsvorschläge zur Abstimmung:

Beschluss (mit Änderungen):

Die Verwaltung wird beauftragt, zur JHA-Sitzung am 04.07.2018 ein grobes Konzept einschließlich einer Kostenkalkulation für die nachfolgend benannten „Bausteine“ zur Jugendbeteiligung zu erarbeiten:

1. Jährliche Durchführung eines Jugendtages o.ä. (siehe: Antrag „Beteiligung von Jugendlichen“ Punkt 3) mit dem Ziel der Stärkung von Jugendbeteiligung
2. Gewährleistung der Weiterverfolgung von Bielefeld-relevanten The-

men, die im Verlauf des Jugendtages benannt wurden.

3. Jährliche Durchführung eines Jugend-Projektes, das von Jugendlichen geplant und (mit-)bearbeitet wird und das einer freien Form von Jugendbeteiligung entspricht,
4. Ermittlung des Bedarfs an Unterstützung von ehrenamtlich geleisteter Jugendarbeit durch hauptamtliche Kräfte

dafür	10 Stimmen
dagegen	3 Stimmen
Enthaltung	1 Stimme

-mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen-
